

Abschlusserklärung Haushalt 2016

Meine sehr geehrten Damen,

liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

der Streit um den Haushalt der Stadt Braunschweig ist so alt wie die Stadt selbst und nicht immer wurde er so zivilisiert geführt wie wir das heute tun. Hier lohnt ein Blick in die Geschichte. Nun wird man seitens der CDU denken, ich werde jetzt die Zeit von OB Hoffmann aufarbeiten, doch ich setze wesentlich früher an, nämlich im Jahr 1374. Ich hoffe es haben alle genug Zeit mitgebracht.

In diesem Jahr war der Streit über die Verschuldung der Stadt derart eskaliert, dass es in der sogenannten großen Schicht des Rates zum Umsturz kam, bei dem 8 Ratsmitglieder umgebracht wurden. Ich bin zunächst mal froh, dass die Auseinandersetzung um den städtischen Haushalt heutzutage deutlich zivilisierter abläuft auch wenn diese Haushaltsberatungen deutlich schärfer waren als in den letzten Jahren, aber dazu komme ich später noch.

Nach dieser großen Schicht des Rates konnten die Aufrührer sich nicht im Rat bewähren und es ging in den Folgejahren darum, Rat und Verwaltung neu zu ordnen und den Haushalt in den Griff zu kriegen. Zeuge gibt davon ein einzigartiges Schriftwerk von Hermann von Vechelde, die „Heimliche Rechenschaft“.

Hier wurde erstmals sehr konkret berichtet über die Tätigkeiten und Beschlüsse des Rates, vor allem aber über die finanzielle Entwicklung der Stadt mit Einnahmen, Ausgaben und Schuldenstand. Dieser vollständige Einblick in Zustand und Entwicklung des städtischen Haushalts wurde zwar nicht der Öffentlichkeit, aber zumindest dem Rat zuteil.

Die Grundlage für die heute geltende Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit war gelegt und es war ein erster Schritt für mehr Transparenz in der städtischen Haushaltsführung, so scheint es.

Nichtsdestotrotz streiten wir auch heute noch über Transparenz in der Verwaltung und es scheint bei den Haushaltsberatungen so, dass die Fraktionen jeweils ihre ganz eigenen Haushaltswahrheiten haben.

Zurück in die Gegenwart: Die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2016 standen, gelinde gesagt, unter schwierigen Vorzeichen. Dabei schien im September bei Vorstellung des Haushaltsentwurfs durch die Verwaltung die Welt noch in Ordnung zu sein. Doch wenige Tage später geriet sie mit Bekanntwerden der Abgaskrise von VW aus den Fugen, zumindest was die Haushaltsplanungen angeht.

Dies zeigt einmal mehr die eklatante Abhängigkeit der Kommunen von ihrer wichtigsten Einnahmequelle, der Gewerbesteuer und darüber hinaus die Bedeutung von Volkswagen für die Stadt Braunschweig. Nun galt es einen geschätzten Gewerbesteuereinkbruch von 45 Millionen € zu kompensieren.

Hinzu kommen Mehrausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, die von Bund und Land zwar weitgehend aber nicht umgehend erstattet werden. Es handelt sich um 25 Mio. € für Bau- und Investitionskosten sowie um 15 Mio. € für Kosten der Integration (Sprachkurse, Personal etc.). Dadurch, dass die Stadt in Vorleistung gegangen ist, ergeben sich hier

unterschiedliche Darstellungen in Finanz- und Ergebnishaushalt.

Lindernd wirken sich um 19,5 Mio. € erhöhte Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich aus.

Demgegenüber haben die Anträge der Fraktionen insgesamt den Haushaltsentwurf der Verwaltung um 3,6 Mio. € ausgeweitet. Hier wirkte sich vor allem aus, dass der Vorschlag der Verwaltung zu den KiTa-Entgelten nicht mehrheitsfähig war. Wir haben mit unserem Beschluss nun zumindest dafür gesorgt, dass perspektivisch, nach Auslaufen der Übergangsregelung, deutlich mehr Einnahmen zur Verfügung stehen damit im Bereich der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung notwendige Investitionen getätigt werden können und die zahlreichen freiwilligen Leistungen in diesem Bereich unangetastet bleiben.

Weitere Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung tragen wir mit:

- Die Anhebung der Grundsteuer B auf niedersächsisches Durchschnittsniveau von 500 Punkten ist vertretbar. Wer behauptet, dadurch würden Mieter über Gebühr belastet und dieses stehe im Widerspruch zur Mietpreisbremse macht sich lächerlich. Wir reden bei einer 100qm Wohnung von ca. 15 € im Jahr Mehrkosten.
- Auch die Anhebung von Parkgebühren ist hinnehmbar, insbesondere die Ausweitung von Parkzeiten durch geänderte Öffnungszeiten, insbesondere an Wochenenden.

- Auch die weiteren Gebührenanhebungen (Museum, Stadtbibliothek etc.) sind mit Augenmaß erfolgt und somit vertretbar.
- Die Aufwandssenkungen bei den städtischen Gesellschaften halten wir ebenfalls für vertretbar. Hier kann es nur einen moderaten Sparkurs geben, zumal weiter investiert werden muss, insbesondere bei der Verkehrs GmbH.
- Nicht zuletzt tragen wir auch das Aussetzen der Zuschussdynamisierungen im Sozial- und Kulturbereich mit. Diese sollen allerdings zunächst nur das laufende Haushaltsjahr ausgesetzt werden. Zu den nächsten Haushaltsberatungen müssen wir dann neu entscheiden. Ich halte das für einen sinnvollen Weg.

Wie ich eingangs schon erwähnte, die Haushaltsberatungen standen unter schwierigen Vorzeichen, allerdings nicht nur wegen der Gerwerbsteuerausfälle sondern vor allem auch wegen der Kommunalwahl 2016. Dieser Umstand wirkte sich vor allem bei der CDU aus, die den Verwaltungsvorschlag zu den KiTa-Entgelten grundsätzlich skandalisierte und sich in dieser Frage auch jeglichen Kompromissen verweigerte.

Darüber hinaus verzichtete man zunächst auf eigene Anträge und Einsparvorschläge mit dem Verweis darauf, dass man als ehrenamtliche Ratspolitiker dafür nicht zuständig sei.

Später wurde man dann eilig doch noch aktiv, brachte einige wenige Anträge ein und forderte zur Konsolidierung ein Sparpaket für den Haushalt 2017. Was in diesem Sparpaket

enthalten sein soll, genauer: Wo konkret gekürzt werden soll, konnte in den Gesprächen nicht erörtert werden.

Aus unserer Sicht heißt das nichts anderes als: Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl keine Belastungen zumuten, die Quittung gibt's dann erst hinterher.

Im Wahlkampfmodus befanden sich während der Haushaltsberatungen auch die Linken. Sie bezeichnen den Haushaltsbeschluss als Katastrophe und suchen ihr Heil in Scheinlösungen. Nun gehört es zum Markenkern der linken Ratsfraktion, dass das eigene Weltbild über der Realität steht und man somit in der eigenen Wahrnehmung immer auf der richtigen Seite ist.

Als Kernproblem für den städtischen Haushalt 2016 sehen die Linken, dass die „Privatisierungen weiterlaufen“ und fordern insbesondere die Rekommunalisierung der Versorgungs AG also den Rückkauf von BS Energy.

Es wird also gefordert, dass die Stadt in einer Zeit des ungebremsten Verfalls der Strompreise in den Energiemarkt einsteigt. Zudem würde ein Rückkauf von Unetrnehmensanteilen die Stadt zunächst viel Geld kosten während auf unabsehbare Zeit am Strommarkt kein Geld zu verdienen ist. Wer sowas fordert, beweist, dass er Realitäten komplett ausblendet und rein ideologiegeleitet Politik macht. Keine gute Voraussetzung für gute und seriöse Kommunalpolitik.

Ich empfehle einen Blick nach Nordrhein-Westfalen, wo etliche Kommunen mit ihren Stadtwerken aktuell große Probleme haben, zumal der Energiekonzern RWE für 2015 seine Dividende komplett gestrichen hat. Einer Stadt wie Essen entgehen dadurch zweistellige Millionenbeträge. Und

was macht Essen als Ausgleich dagegen? Der Stadtkämmerer hat angekündigt die Grundsteuer B zu erhöhen von 670 auf 720 Punkte! Zum Vergleich: Wir liegen nach der Erhöhung bei 500 Punkten, was ebenfalls von der Linken als Skandal angesehen wird.

Ich glaube ich habe ein gutes Bild darüber vermittelt, wie schwierig die Haushaltsberatungen für 2016 waren. Deshalb bin ich abschließend froh, dass sich am Ende zwar keine „neue Stadtregierung“ wie die Linke etwas abfällig bemerkt, sondern eine Art Koalition der Willigen gefunden.

Damit meine ich, dass Grüne, BiBS und die SPD-Fraktion vom Willen geleitet waren, einen Haushalt zu beschließen und zwar ohne die Forderung nach aktuell irrwitzigen Rekommunalisierungsplänen oder nach drastischen Sparpaketen in der Zukunft. Es ging in den Beratungen allein um den Haushalt 2016. Diese Beratungen waren weiß Gott auch nicht einfach und voller Kompromisse, wie das immer so ist, wenn niemand eine absolute Mehrheit hat. Aber sie waren am Ende zielführend und erfolgreich und dafür danke ich allen Beteiligten.

Denn was wäre die Alternative gewesen? Wenn heute kein Haushalt beschlossen wird, werden alle Anträge auf Null gesetzt. Das müsste insbesondere Piraten und Linke nachdenklich stimmen, denn sie haben eine Menge Anträge gestellt zur Weiterfinanzierung sozialer Einrichtungen, die dann demnächst ihre Arbeit einstellen müssten. Aber ich glaube sie können gut damit leben, dass andere dafür Verantwortung übernehmen.

Darüber hinaus dürften nur noch Maßnahmen umgesetzt werden zu denen wir gesetzlich oder vertraglich verpflichtet

sind und die Kosten für die Flüchtlingsintegration müssten mit der Kommunalaufsicht abgestimmt werden.

Insgesamt also würde ein für Braunschweig unwürdiger und unhaltbarer Zustand herbeigeführt und ich bin froh, dass wir das mit der heutigen, wenn auch knappen, Haushaltsmehrheit abwenden können.

Abschließend danke ich dem Finanzdezernenten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die geleistete Arbeit und ich selbst bedanke mich für die Aufmerksamkeit!